

München: BILD hofiert Imam Idriz – Seniorenunion der CSU übt Kritik



Gestern brachte BILD München einen ganzseitigen Artikel über Imam Idriz und seine geplante Islam-Kaserne in München, in dem kein einziges kritisches Wort über den Skandal-Imam vorkam. Zu Katar wurde nur bemerkt, dass die „schillernde, aber auch umstrittene Figur“ des Emirs den „radikalen Islam“ in anderen Ländern unterstütze. Ebenfalls kein Wort über die massive Finanzierung von islamischen Terrorbanden. Aber nicht

alle in München sind gleichgeschaltet: Die Seniorenunion der Münchner CSU kritisiert den Pro-Islam-Kurs des Zweiten Bürgermeisters Josef Schmid. Die Senioren müssen eben nicht mehr alle auf ihre Karriere schielen und können (noch) ihren gesunden Menschenverstand benutzen.

(Von Michael Stürzenberger)

Im Münchner Merkur wurde vor wenigen Tagen der Artikel „Islam-Zentrum: Kritik aus der Senioren-Union“ veröffentlicht. Darin ist zu lesen, dass die Äußerungen des CSU-Bürgermeisters Josef Schmid, die 100.000 Muslime Münchens gehörten „ganz elementar“ zu München und seien „ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft“, seine kritiklose Unterstützung des geplanten Islam-Zentrums und seine Einschätzung, es werde „die Integration und das gegenseitige Verständnis fördern“, nicht mehr widerspruchlos hingenommen werden:

In einem offenen Brief widerspricht ihm jetzt Peter Ofer, der

Vorsitzende des Kreisverbands IV der Münchner Senioren-Union. Er verweist auf die vielen verschiedenen Gruppen unter den Muslimen. „Glauben Sie wirklich, dass Sie ein Zentrum für alle Moslems in München schaffen können?“, schreibt er. „Wenn Sie für die Sunniten ein Zentrum – wohin alle anderen Gruppen nicht gehen werden – befürworten, werden doch die anderen ebenfalls mit der Forderung nach einem eigenen Zentrum kommen!“ Ofer kritisiert den Umgang mit Schmid Kritikern in dem Punkt. „Es wäre wohl angebracht, dass Sie vor weiteren Entscheidungen die Diskussion mit ihren Parteifreunden suchen“, schreibt er. „Die meisten von uns waren sehr überrascht, dass die CSU-Stadtratsfraktion unter Ihrer Führung einstimmig einer Resolution zugestimmt hat, in der Bedenken gegenüber dem Islam mit Fremden- und Ausländerhass gleichgestellt wurden.“

Auch der Chef der Senioren-Union, Reinhold Babor, äußerte sich gestern kritisch zum Islam-Zentrum. „Idriz hat schon schöne Ideen“, sagte er unserer Zeitung. „Aber wenn ich raus in die Welt schaue, dann sieht vieles schon ganz anders aus.“

Hier der ganze Artikel aus dem Merkur. In dem Kommentar „Islam gehört zu München – Riskante Aussagen“ schreibt Merkur-Redakteur Felix Müller, Schmid wandle mit seinen Aussagen „auf einem schmalen Grat“. Das Risiko seines vielgelobten Großstadt-Kurses sei es, dass er sich zu weit vom eigentlichen Kern seiner Stammwähler und seiner Partei entferne. Aber die „neue Stadt-CSU“ präsentiere sich geschlossen, keiner aus der ersten oder zweiten Reihe der Partei würde sich in die Offensive wagen und Schmid und seinen Islam-Thesen widersprechen. Obwohl einiges dafür spräche:

Dabei gibt es durchaus ein spürbares Unbehagen in München, und es ist keineswegs so, dass allen Bürgern einleuchten würde, warum es eine repräsentative Moschee in der bayerischen Hauptstadt braucht – womöglich noch lizenziert aus Katar. Wenn es der CSU vor lauter liberaler Großstadt-

Euphorie nicht mehr gelingt, auch solche Meinungen abzubilden, kann das eines Tages auch für Schmid zum Problem werden.

Hier der ganze Kommentar im Merkur. Lediglich zarte Ansätze zu kritischen Tönen über das geplante Islamzentrum in der BILD:

Warum macht er das? München hat schon 40 Moscheen und Gebetshäuser. Der Imam erklärt: „Das, was wir wollen, gibt es nicht.“ Praktisch alle Moscheen seien nur für Türken, für Bosnier, für Syrer oder Afghanen. „Der Islam in Deutschland ist sehr ethnisch geprägt.“

Idriz will ein Gebetshaus für Muslime, die sich als Münchner fühlen. „Die Predigten sollen auf Deutsch sein, auf Türkisch und auf Bosnisch.“ 1000 Betenden soll die Moschee Platz geben. Betrieb? „Sieben Tage. Zu jedem der fünf islamischen Gebete am Tag steht das Haus offen.“ 30 bis 40 Millionen Euro wird das kosten. „Einzige Finanzierungsmöglichkeit: Spenden. Eine halbe Million hat Idriz schon eingeworben.

Da fehlen dann ja noch ein paar Milliönchen. Ob die aus Katar kommen, ist laut BILD noch offen:

Ein Parlament wählen ließ der Emir nie. Das erregt Zweifel bei der Münchner Politik. Der Scheich wünscht einen Besuch der Stadtspitze, die lehnt ab. Deshalb hält Al Thani sein Geld zurück. Idriz verspricht: „Unsere Grundvoraussetzung ist: Spender haben keinen Einfluss auf den Betrieb.“

Es wird einen heißen Herbst in der Endphase des Kampfes um das Islamzentrum in München geben. Heute war SZ-Redakteur Bernd Kastner an unserem Infostand in München-Freimann. In der knappen Stunde, in der er sich bei uns aufhielt, konnte er sich mit einem Afghanen, einem Franzosen und einer Türkin unterhalten, die unser Bürgerbegehren unterschrieben. Ein wahrhaft internationales Projekt.



Gebt 930.000 Münchnern die Möglichkeit abzustimmen!


(Kamera: Vladimir Markovic)

Kontakt:

» muenchen@csu-bayern.de



ZMD fordert Abschaffung der Pressefreiheit

 Mohammed Khallouk ist beim Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) zuständiger Beauftragter für „wissenschaftliche Expertise“. In dieser Funktion schaltete er sich in die Mediendebatte um den vielbeachteten Artikel von Nicolaus Fest in der Bild am Sonntag ein. Der ZMD-Funktionär fordert öffentlich dazu auf, „Aufwiegler aus den Redaktionen

zu entfernen“.

Darunter versteht Khallouk Personen, die die „Integrationsleistungen“ der Muslime nicht genug „würdigen“ und von „tatsächlicher oder vermeintlicher Integrationsresistenz“ Rückschlüsse auf den Islam ziehen. Es bedürfe hierzu eines neuen presserechtlichen Reglements, eines verpflichtenden „Wertekanons“. Anders sei der „gesellschaftliche Frieden“ nicht zu schützen, droht Khallouk. Woher dieser ZMD-Funktionär seinen Wertekanon bezieht, ist dabei sehr aufschlussreich!

Die Welt druckte die Verlautbarung des ZMD-Beauftragten am 2. August als Leserbrief ab. Hier ein Auszug:

[...] Ebenso wie Deutschland keinen biologischen Rassismus – weder importiert noch autochthon – gebrauchen kann, bedarf es keiner Hassprediger vom Schlage eines Herrn Fest, die das bestehende respektvolle Miteinander der Religionen und Kulturen, zu dem Muslime ebenso wie Juden, Christen und „religionsfreudige Atheisten“ ihren jeweiligen Anteil beitragen, medial auszuhebeln suchen. Deutschland bedarf stattdessen einer Medienlandschaft, welche die vorhandenen Integrationsleistungen seiner Muslime würdigt, sie zu Partizipation an gesellschaftlicher Verantwortung einlädt und nicht aus tatsächlicher oder vermeintlicher Integrationsresistenz einzelner Mitglieder auf eine gesamte Religion schließt. Wenn der Axel Springer Verlag und mit ihm jegliche einflussreichen Medien ein ernsthaftes Interesse am förderlichen Beitrag des Islam für die Zukunft unseres Landes besitzen, braucht es einen Wertekanon, der dazu verpflichtet, sich dem Miteinander von Muslimen und Nichtmuslimen dienlich zu zeigen. Dementsprechend gilt es jegliche islamfeindlichen Aufwiegler, die gegen diesen Kanon verstoßen, aus den Redaktionen zu entfernen. Nur auf diese Weise tragen sie dazu bei, den gesellschaftlichen Frieden, der im Grundgesetz den gleichen Stellenwert besitzt wie die Presse- und Meinungsfreiheit, zu schützen und fördern.

Widerspruch ernetete Khallouk weder aus den Reihen seiner Organisation, noch aus der deutschen Politik, noch von den Medien. Wie auch? Die Welt veröffentlichte die Stellungnahme des ZMD-Funktionärs als Leserbrief und ließ ihn auf diese Weise unkommentiert im Raume stehen, holte keinerlei Stellungnahmen dazu ein. Einzig ein drei Tage später veröffentlichter, kritischer Leserbeitrag weist darauf hin, dass man Khallouks Äußerungen nicht hinnehmen kann. Dem Springer-Verlag selbst scheint an Pressefreiheit nicht sehr gelegen zu sein. Die Redaktion verstößt mit dieser Vorgehensweise gegen den Pressecodex, der besagt, dass es zur Berufsethik gehört, das Ansehen der Presse zu wahren und für deren Freiheit einzustehen. Der Presserat ist gefordert, sich dieses Vorfalles anzunehmen (Beschwerdestelle s.u.). Wo kommen wir denn hin, wenn die Presse unkommentiert verfassungsfeindliche Stellungnahmen aus dem Ausland gesteuerter Verbände veröffentlicht? Steht die Springer-Presse schon unter Scharia-Vorbehalt?

Wer ist dieser Khallouk?

Schon vor seiner Berufung zum Beauftragten des ZMD machte sich der gebürtige Marokkaner Khallouk einen Namen mit „wissenschaftlichen Stellungnahmen“, beispielsweise 2008 im Zusammenhang mit der Abberufung Sven Kalischs von der Münsteraner Professur für Islamische Theologie. Auch Kalischs Nachfolger Mouhanad Khorchide wird per Gutachten von Khallouk et al. als unislamisch arbeitend angegriffen. Khallouk ist Islamwissenschaftler und Politologe. Khallouk nimmt also im Auftrag des ZMD Einfluss auf den in Deutschland erteilten islamischen Religionsunterricht. Wissenschaftlich (im Sinne Kalischs) oder „barmherzig“ (im Sinne Khorchides) soll dieser nicht sein.

Khallouk selbst lehrte in Marburg und an der

Bundeswehrhochschule in München, jetzt am College of Sharia and Islamic Studies der Qatar University in Doha (Lehrplan). Nebenbei ist der Katar-finanzierte Scharia-Dozent wie gesagt Sprachrohr für „wissenschaftliche Expertise“ beim ZMD.

✘ Katar finanziert also nicht nur weltweit den Terror, sondern auch Scharia-Wissenschaftler, die unsere verfassungsmäßig garantierten Rechte angreifen. Bevor bei uns Journalisten aus den Redaktionen entfernt werden, sollte Aiman Mazyek, der Vorsitzende des ZMD, lieber seine Personalpolitik überdenken. Ein mit „wissenschaftlicher Expertise“ Beauftragter, der in Katar über die Scharia doziert und in Deutschland Zeitungsredaktionen schariakonform säubern lassen will, wirft ein zweifelhaftes Licht auf den Zentralrat der Muslime. ~~Zehn~~ ~~Peitschenhiebe~~ Abmahnung für Aiman Mazyek!

Khallouk über sich, die Erfolgsgeschichte marokkanischer Integration und darüber was er sich sonst noch so von Deutschland wünscht:

Beschwerden über den verfassungsfeindlichen Vorstoß des ZMD und dessen redaktionell unkommentierten Abdruck in der Zeitschrift „Die Welt“ kann man hierhin richten:

- » Beschwerdestelle des Presserates
- » Dr. Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender des Springer-Verlags
- » Aiman Mazyek vom Zentralrat der Muslime e.V. (ZMD)
- » Bundesinnenminister Thomas de Mazière, der für den Schutz unserer Verfassung und die „Islamkonferenz“ zuständig ist

✘

✘

Schweinerei ist Körperverletzung!



Sauerei! Stein, nein Kopf des Anstoßes ist in Epfendorf im Kreis Rottweil in B-W. der eines Spanferkels. Was war passiert? Unbekannte haben Sonntag vor einer Woche an den Türgriff einer Wasserpfeifenbar das Haupt des Tieres gehängt. Der Besitzer der Shishabar ist nach Angaben eines Polizeisprechers ein Anhänger des Islams. Man spekuliert über einen fremdenfeindlichen Hintergrund der Tat, weshalb nun auch die Staatsanwaltschaft ermittelt.

„Es kann sich um eine Beleidigung handeln, aber auch eine Körperverletzung kommt in Betracht“, so der Sprecher. Dies sei der Fall, wenn eine Handlung beim Betroffenen (Moslem) körperliches Unwohlsein hervorrufe.

Aha, Kopf ab, zur Abwechslung nicht beim Menschen, sondern beim Schwein. Dem muslimischen Betrachter wird beim Anblick des unreinen Tieres übel, weil haram und schon wird eine Körperverletzung draus. Schwein gehabt, für die Ersteller der Statistik islamfeindlicher Straftaten. Und wieder muss beim Betrachten der Kriminalstatistik spekuliert werden, kam die Körperverletzung durch einen Fausthieb zustande oder wurde nur einem „Opfer“ übel, weil es etwas sah, das seine Augen nicht verkrafteten.

Da die „schändliche“ Tat in Baden-Württemberg geschah, regiert von Grün-Rot, könnte man doch auch noch über eine Anklage wegen Mordes nachdenken? Das arme Tier musste unschuldig sein Leben lassen. Logisch? Naja, „Bio“-logisch, jedenfalls für so manch Verantwortliche im grün-roten „Musterländle“.

Bayerische Moslem in zog mit ihren zwei Kindern in den Dschihad nach Syrien



Die WELT bringt momentan einen islamkritischen Artikel nach dem anderen. Gestern berichteten wir über einen hervorragenden Kommentar des Halb-Ägypters Oliver Jeges über die notorische Unfähigkeit von Moslems zur Selbstkritik, die im System dieser totalitären Ideologie begründet liegt. Die Auswanderung von deutschen Mohammedanerinnen in den grausamen Dschihad nach Syrien wurde nun ebenso thematisiert. Hierzu griff man auf eine dpa-Meldung von der Pressekonferenz im Bayerischen Innenministerium zurück, auf der ich auch anwesend war. „Bayerische Mutter zieht mit Kindern in Dschihad“ lautet der Titel eines weiteren äußerst lesenswerten Artikels.

(Von Michael Stürzenberger)

Die Emanzipation der Mohammedanerinnen schreitet voran. Jetzt dürfen sie auch in den Krieg ziehen und nehmen ihre Dschihad-Sprößlinge gleich mit. Wer will da noch behaupten, die Frau sei im Islam unterdrückt? Die WELT berichtet:

Zehn Islamisten seien nach Bayern zurückgekehrt, von denen drei wegen vermuteter Verbrechen in Syrien in Haft sind, sagte Herrmann bei der Vorlage der Halbjahresbilanz des bayerischen Verfassungsschutzes. Darunter ist auch eine Mutter von zwei Kindern.

Sie kehrte nach Bayern zurück – und wurde anschließend festgenommen, weil sie ihre Kinder ins Kampfgebiet mitgenommen hatte. Nicht einverstanden war offensichtlich der Vater, denn der Frau wird Entziehung von Kindern vorgeworfen. Über diesen Vorwurf berichtete Burkhard Körner, Chef des Landesamts für Verfassungsschutz.

In diesem Kurzvideo der Pressekonferenz beschreibt Körner den Fall der Mutter aus Bayern. Die Moslemin soll sogar aktiv an Kampfhandlungen teilgenommen haben:

Noch sind aber Mohammedanerinnen an der Dschihad-Front eher die Ausnahme.



Vor allem mit Kind.



Gemäß festgelegter Islam-Rollenverteilung soll sie schließlich

die Küche schmeißen, Kinder gebären und zuhause aufziehen.



Wenn die Kinder zuhause aber Al-Aqsa TV & Al-Jazeera schauen und die Mama aus dem Koran vorliest, werden auch aus ihnen Kampfmaschinen:



WELT online schreibt weiter:

Frauen sind aber nach wie vor eine Ausnahmeerscheinung im Dschihad, in der Regel handelt es sich um junge Männer unter 25. In Syrien schließen sie sich nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes meist einer von zwei konkurrierenden Terrorgruppen an: der IS-Miliz, der zahlreiche Gräueltaten in Syrien und im Irak vorgeworfen werden, und der im Ausland weniger bekannten Jabhat al-Nusrah.

Al-Nusrah ist ein Ableger der bestens bekannten Al-Quaida, die wie so viele andere Terrorbanden aus Katar finanziert wird. Bisher sollen die islamischen Krieger mit drei Milliarden Dollar gefüttert worden sein. Vielleicht wird das Honorar für den Dschihad noch mehr deutsche Moslem-Frauen an die syrische und irakische Front des geplanten islamischen Großkalifats ziehen.



In der dpa-Meldung wurde meine Teilnahme an der Pressekonferenz auch thematisiert:

Präsent bei der Pressekonferenz war auch der als Islamgegner bekannt gewordene Münchner Michael Stürzenberger, dessen Partei „Die Freiheit“ und dessen Internetblog „Politically Incorrect“ selbst vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

Stürzenberger legte Herrmann nahe, die Beobachtung der Islamgegner einzustellen. Der CSU-Politiker hielt jedoch

dagegen: „Wer die Religionsfreiheit von Muslimen schlechthin bestreitet, setzt sich damit im Widerspruch zu wesentlichen Grundfreiheiten unserer Verfassung.“ Der Islam sei keine verfassungsfeindliche Ideologie.

Schließlich bedeutet Islam Frieden und Gewalt hat nichts mit dem Islam zu tun. Wir sind gespannt, wie lange sich dieser konstruierte Sprachgebrauch noch halten kann, der sowohl faktisch als auch historisch unhaltbar ist. Es ist schon mehr als seltsam, wenn sich nun sogar immer mehr Mohammedanerinnen für den islamischen Krieg begeistern lassen.



Aber im Zusammenhang mit dem Thema Islam ist von Seiten der Politik nicht Logik und Vernunft, sondern opportunistisches Kalkül angesagt. Dieser verlogenen Schmierkomödie fallen diejenigen zum Opfer, die über die Fakten des „Tötet-die-Ungläubigen“-Kultes berichten. Alle Verantwortlichen für diese sicherheitsgefährdende und an Hochverrat grenzende Strategie werden sich dafür irgendwann rechtfertigen müssen..



(Kamera: Michael Stürzenberger)



Berlin: Nächste Nazi-Meile wird umbenannt



Die Bunte Republik, die alles und jeden umbenennet, der irgendwann mal Urlaub in Braunau am Inn gemacht hat, wird in der Hauptstadt Berlin nun die nächste Straße von ihrem

intoleranten Namensgeber befreien. Konkret handelt es sich um eine Straße, die durch die Bezirke Tempelhof-Schöneberg und Mitte verläuft und 1934 von den Nationalsozialisten zu Ehren des preußischen Generals und Kriegsministers Karl von Einem in „Einemstraße“ umbenannt wurde. Von Einem soll angeblich extrem schwulenfeindlich gewesen sein und das geht natürlich nicht. Bereits seit Dezember 2013 heißt der Schöneberger Teil „Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße“, doch auch bei Karl-Heinrich Ulrichs ist nicht alles kosher. Hier die Story dazu. (RD)

Aufklärungs-Videos von Al Hayat TV über ISIS



Al Hayat TV, das Islamaufklärungs-Portal der Gruppe von Ex-Muslimen um Sabatina James, hat in der letzten Zeit einige interessante islamkritische Beiträge über den Islamischen Staat (IS) gebracht, deren Ansicht sich lohnt, um dieses Kalifat und sein menschenverachtendes Wesen besser zu verstehen und in Bezug zur islamischen Lehre und seinem Gründer Mohammed setzen zu können.

Der islamische Staat nach dem Vorbild Mohammeds:

Barino Barsoum über die Jizzia („Ungläubigen-Steuer“), die ISIS fordert:

ISIS-Terroristen sind „gute“ und fromme Muslime:



Zentralratsvorsitzende wenden sich um moslemischen Judenhass herum



Dieter Graumann

(l.), Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, wirft den Islamverbänden vor, nicht genug gegen die antijüdische Hetze der letzten Wochen in Deutschland opponiert zu haben. Der überwiegende Teil der übelsten Hassparolen wurde von Moslems auf Anti-Israel-Demonstrationen skandiert. Aiman Mazyek (r.), Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, wehrt sich hingegen gegen diese Kritik.

In einem Interview mit der FAZ äußerte sich Graumann zum

Schweigen der Islamverbände:

Herr Graumann, es spricht alles dafür, dass es arabischstämmige Jugendliche waren, die einen Anschlag auf die Synagoge in Wuppertal-Barmen verübt haben. Hat der Antisemitismus von muslimischer Seite eine neue Dimension erreicht?

(...) Die allermeisten Muslime in Deutschland sind doch ganz sicher friedfertig und zuverlässig. Und wir suchen ihre Freundschaft. Aber es hat doch keinen Sinn, jetzt wegzuschauen und zu beschwichtigen. Denn Tatsache ist: Wir haben die letzten Wochen die schlimmsten antisemitischen Slogans auf deutschen Straßen seit der Nazizeit gehört, Parolen wie „Juden ins Gas“ oder „Juden sollen geschlachtet werden“. Diese Sätze sind größtenteils von radikalen muslimischen Menschen geschrien worden. Diese Menschen sprechen bestimmt nicht für alle oder auch nur die meisten Muslime im Land. Umso wichtiger finde ich es aber, dass Muslime zeigen sollten, dass sie sich von diesen Islamisten nicht als Geiseln nehmen lassen. (...)

An dieser Stelle könnte das Interview abgebrochen werden, denn ganz offensichtlich ist Graumann nicht bewusst, dass die Juden die erklärten Erzfeinde der Moslems sind, also kann er auch keine moslemische Empathie erwarten.

Sind es wirklich nur radikale Islamisten, die diese Parolen grölen?

Wir weisen schon seit Jahren auf Antisemitismus in muslimischen Gemeinschaften hin. Ich sage seit langem, dass auf deutschen Schulhöfen das Wort „Jude“ als Schimpfwort benutzt wird, und das überwiegend von muslimischen Jugendlichen. Die muslimischen Verbände machen zu wenig dagegen. Sie versprechen es, aber konkrete Schritte muss man mit der Lupe suchen. Es mag für die muslimischen Verbände schwieriger sein, weil sie aufgesplittert sind, weil es

Rivalitäten gibt. Aber mehr Anstrengungen sind bestimmt nötig. Wir Juden setzen uns immer für Muslime ein. Vor vier Jahren hat Sarrazin sein schreckliches Buch veröffentlicht. Die erste Stimme, die sich dagegen erhob, war unsere. Ich habe gesagt, dass es falsch ist, muslimische Menschen so respektlos zu behandeln. (...) Unser Engagement darf doch keine Einbahnstraße sein. In dieser besonderen Situation habe ich mir viel mehr von den muslimischen Vertretern erhofft.

(...)

Wie intensiv ist Ihr Kontakt zu muslimischen Organisationen?

In diesen Tagen haben wir keinen Kontakt. Die Lage im Nahen Osten bringt uns auseinander. Zwangsläufig haben wir unterschiedliche Meinungen und vor allem Emotionen. Wir Juden sind hier nicht neutral, unsere Herzen sind bei den Menschen in Israel. Auf muslimischer Seite ist es wohl oft andersherum. Das müssen wir respektieren. In den letzten Wochen ist viel Vertrauen kaputt gemacht worden, das müssen wir gemeinsam wieder aufbauen.

Was müsste passieren, damit Muslime in Deutschland stärker für das Thema Holocaust sensibilisiert werden?

Es ist natürlich einfach zu sagen: mehr Erziehung, die Schulen. Natürlich soll es so sein. An Schulen wird auch viel getan. Auf der anderen Seite sieht man, dass auf muslimische Jugendliche ganz viel einprasselt. Manche Ressentiments werden durch Familien übertragen, manche über Fernsehsender. Auch hier müssen gerade die muslimischen Verbände viel öfter aktiv werden.

(...)

Haben Sie eine Erklärung, warum sich der Antisemitismus jetzt so stark zeigt?

An der Situation im Nahen Osten allein kann das nicht liegen. Wer wegen Israel zum Antisemiten wird, war doch längst einer. Es ist für radikale Islamisten jetzt eine Gelegenheit da,

ihren Antisemitismus brutal auszuleben. Die Hemmschwelle ist stark gesunken. Es war letztlich der Zentralrat der Juden, der darauf hingewiesen hat. Die Politiker haben zunächst nicht darauf aufmerksam gemacht, was da auf Demonstrationen gebrüllt wurde, die Medien haben kaum berichtet. Am Ende müssen wir uns doch selbst immer melden und Dinge anstoßen. Warum eigentlich?

Sehr einfach Herr Graumann, weil die Moslemlobby in Deutschland übermächtig geworden ist und damit auch ihre intolerante Hasskultur gegen alles Jüdische, die sie direkt aus dem Koran beziehen. Wollen Sie den neuen Judenhass bekämpfen, müssen Sie den Islam bekämpfen.

Der Zentralrat der Moslems hingegen wehrt sich – ebenfalls in der FAZ – gegen den Vorwurf Graumanns, nicht genug gegen Antisemitismus zu tun.

Herr Mazyek, der Präsident des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann, übt scharfe Kritik an muslimischen Verbänden. Sie täten zu wenig gegen Antisemitismus. Hat er Recht?

Die jetzige Situation verlangt eine Unterscheidung zwischen einem legitimen Protest gegen die israelische Kriegspolitik und dem Versuch, über den Nahostkonflikt Antisemitismus zu verbreiten. Wir verurteilen Antisemitismus. (...)

An dieser folgen die üblichen hohlen Phrasen vom freien Palästina.

Hat der Zentralrat der Muslime mal Rundbriefe an die Gemeinden geschrieben? Oder wie sieht die Kommunikation aus?

Über Gemeindebriefe, steten schriftlichen und telefonischen Kontakten zu unseren Gemeindevorstehern und über unsere Öffentlichkeitsarbeit. In den Freitagsgebeten und im Austausch gerade auch mit den Jugendlichen müssen und wollen

wir uns auch im Hinblick der Demonstrationen mit dem Thema proaktiv auseinandersetzen. Konkret heißt das: friedlicher Protest und Aufruf zur sofortigen Ende des Krieges und Nein zum Antisemitismus. Bei allem Schrecken des Krieges ist es für uns ein hoffnungsvolles Zeichen, dass dies überwiegend klappt. Wir sind uns dabei der Verantwortung als Deutsche bewusst.

Sie haben gesagt, dass sich Antisemiten außerhalb Ihrer Gemeinden bewegen. Damit waren Sie der einzige namhafte Verbandsvertreter, der sich so deutlich zu dem Thema geäußert hat.

Der Sprecher des Koordinationsrates der Muslime hat zum Ende der Gewalt im Nahen Osten aufgerufen und sich dann ähnlich geäußert.

Aber niemand tat es so unmissverständlich wie Sie. Haben Sie eine Erklärung dafür?

Es gibt im Koordinationsrat keinen Dissens darüber, ob man das Thema angeht, sondern lediglich in der Frage, wie man das tut, gibt es unterschiedliche Akzente. Denn gruppenspezifische Menschenfeindlichkeit ist aus religiösen Gründen schändlich. Der Islam bejaht Vielfalt und ist strukturell antirassistisch. Das müssen wir noch stärker in die muslimische Community hineintragen. Deswegen schäme ich mich, wenn muslimische Extremisten das Gegenteil davon machen, und es schmerzt mich ebenso, dass sie damit gegen die Grundsätze des Islam verstoßen. Ebenso dürfte es der jüdischen Gemeinde ergehen, wenn Radikale zur Vernichtung von Gaza aufrufen oder „Tod den Arabern“ rufen.

(...)

Es gab Muslime, die auf Demonstrationen antisemitischen Parolen gerufen haben. Wie groß schätzen Sie das Problem des Antisemitismus in der muslimischen Gemeinschaft ein?

Man muss sich genau ansehen, inwiefern diese Leute überhaupt in der muslimischen Community verhaftet sind. Ich glaube, wir machen es uns zu einfach, wenn wir jetzt einen muslimischen Antisemitismus kreieren. Fakt ist, dass der Antisemitismus in der muslimischen Welt ein importierter politischer Antisemitismus ist, und der ungelöste Nahostkonflikt ist ein Katalysator. Die muslimische Welt hat jahrhundertlang stets mit Juden sehr gut zusammen gelebt und mit ihnen harmoniert. Muslime haben immer wieder Juden Asyl gewährt, die Pogromen in Europa ausgesetzt waren. Das können Sie an vielen Geschichten in der Türkei, im Nahen Osten und heute noch in Marokko festmachen. Unsere Religion nimmt eine dem Judentum wie auch dem Christentum zugewandte Haltung ein. Das kann auch kein Extremist verändern. Dennoch müssen wir uns selbstkritisch fragen, warum insbesondere Jugendliche hier so etwas machen. Deshalb fand ich Wolfgang Schäubles Aufruf richtig, mehr Aufklärung über die Hintergründe und Gefahren des Antisemitismus gerade in diesen Gruppen zu leisten. Das müssen wir aber gesamtgesellschaftlich angehen. Die muslimischen Verbände müssen ihren Teil erledigen, und sie dürfen dabei nicht allein gelassen werden. Letztendlich wollen wir doch in friedlicher Nachbarschaft und ohne Hass leben. An den Taten, die dafür nötig sind, werden wir uns alle – Juden, Christen und Muslime – messen lassen müssen. Das Einstehen für Menschenrechte ist dabei unteilbar. Dem Hass dürfen wir uns nicht hingeben, das sehe ich als eine der wichtigsten Prüfungen für Juden und Muslime in Deutschland an.

Es gibt aus Ihrer Sicht also keinen muslimischen Antisemitismus?

Semantisch wie inhaltlich steht das im Widerspruch, denn der Islam ist in seiner Geisteshaltung antirassistisch. Aber antisemitische Muslime, ja leider, die gibt es vereinzelt.

Taqiyya in Reinkultur, aber Lesen bildet bekanntlich. So nehme

man den Koran zur Hand und belehre sich eines Besseren, – nein, eines Schlechteren.



Ismail Tipi (CDU) fordert Burka-Verbot



Eine Ironie der ganzen Islam-Debatte ist es, dass es häufig Einwanderer selbst sind, die, mehr als die Einheimischen, die Freiheiten und Rechte dieses Landes bewahren wollen. Ob eine aufklärerische Sabatina James, ein heimatliebender Akif Piriñci, eine sensible Serap Çileli, eine kämpferische Mina Ahadi, ein Zahid Khan oder etwa ein Hamed Abdel-Samad und viele weitere Ex-Muslime, koptische Christen, etc.: Sie alle beweisen großen Mut, sich gegen den Druck und die Angst innerhalb der muslimischen Gemeinschaften in Deutschland zu stellen. Dieses Land ist dringend auf solche Einwanderer angewiesen, denn ganz

deutlich fehlt es den Deutschen in dieser Zeit an Rückgrat und Willen, sich mit den gefährlichen Aspekten des Islam zu beschäftigen und dieses offen und deutlich anzusprechen.

(Von Sebastian Nobile)

Nun hat der hessische, muslimische Politiker Ismail Tipi (kl. Foto l.), der damit auch irgendwie noch eine kleine Ehrenrettung für die CDU bewerkstelligt und sich offen mit den Salafisten anlegt, was ihm auch schon Morddrohungen und die Kennzeichnung als „Ungläubigen“ eingebracht hat, ein Verbot für die Burka gefordert, wie man auf Twitter nachlesen kann:

Ismail Tipi fordert Burka-Verbot. Europäische Gerichtshof hat uns die Möglichkeit gegeben, ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen.

Tipi lässt sich aber nicht einschüchtern und hat inzwischen einen gerichtlichen Erfolg gegen den salafistischen Filmemacher Sabri Ben Abda erreichen können, den er wegen Beleidigung vor Gericht gebracht hat. Auf Twitter schrieb er:

Sabri ben Abda wurde in Amtsgericht Offenbach zu einer Geldstrafe verurteilt. Landgericht Darmstadt hat jetzt eine Berufung verworfen,,,

Außerdem klärt er über Salafisten und etwa deren Rekrutierungsaktivitäten an Schulen und in Gefängnissen auf, wobei er auch deutliche Worte für diejenigen Teile der deutschen Politik findet, die eine derartige Aufarbeitung von Islamextremismus verschleppen wie die NRW-Regierung (PI-News berichtete).

Tipi, der sich selbst als gläubigen Moslem bezeichnet, ist nicht nur für die CDU eine kleine Ehrenrettung, sondern steht auch für eine nicht bestimmbare Anzahl von Muslimen, die den

Frieden, die Freiheit und die noch irgendwie christliche, demokratische Grundordnung in diesem Land schätzen gelernt haben und ihren Wert erkennen. Vielleicht erkennen viele von diesen Einwanderern dieses Privileg deswegen besser als die Einheimischen, weil sie in ihren eigenen Herkunftsländern erfahren haben, wohin islamischer Extremismus führt.

Im Großen und Ganzen aber herrscht hier ein verräterisches Schweigen seitens deutscher Muslime und ihrer Verbände. An den teils massiven Anfeindungen gegen Menschen wie Tipi, Abdel-Samad oder Zahid Khan aus dieser Gemeinschaft heraus, erkennt man dann wieder, dass der Weg zu einer tabubefreiten Islamdebatte in Deutschland entweder noch sehr weit ist oder durch die im Islam verankerte Legitimation von Gewalt gegen Kritiker unmöglich gemacht wird. Verübeln kann man es wohl niemandem, wenn er sich unter diesen Umständen nicht traut, die Wahrheit zu sagen, aber man müsste demjenigen wohl zu verstehen geben, dass es durch das Schweigen und die Untätigkeit niemals besser wird, sondern nur schlechter.

Einige Hintergründe zu der Forderung nach einem Burka-Verbot in einem Bericht auf „HR-online“: [Hier klicken für den Artikel.](#)

Mohammedaner: Selbstkritik? – Nicht im Traum!



Hat jemals jemand etwas von kritischen Stellungnahmen der Islamverbände zu den israel- und judenfeindlichen Ausschreitungen der Mohammedaner in den letzten Wochen, zu dem Hass und der Gewalt, die sie seit Jahren in ihren Wirtsländern verbreiten, zu dem Terror, den bestialischen Gewalttaten, begangen durch mohammedanische Terroristen und Schwerverbrecher überall auf der Welt, gehört? Nein?

(Von Hinnerk Grote)

Der Kommentator von „WeltOnline“, Oliver Jeges, selbst Sohn einer österreichischen Mutter und eines ägyptischen Vaters und damit wohl in die „Ummah“ hineingeboren, offenbar auch nicht. Denn er stellt in seinem aktuellen Kommentar die Frage:

Sind Muslime wirklich unfähig zur Selbstkritik?

Er schreibt:

Neun Jahre sind vergangen, seit einige Cartoons beinahe den dritten Weltkrieg ausgelöst hätten. Am 30. September 2005 druckte die dänische Tageszeitung „Jyllands-Posten“ zwölf kleine Karikaturen auf einer Seite ab, die unter anderem den Propheten Mohammed als Terroristen zeigten.

Auf der bekanntesten Zeichnung war ein vollbärtiges Gesicht zu sehen mit einer Bombe als Turban. Sie stammte von Kurt Westergaard, einem damals siebzig Jahre alten Mann, der seither unter ständigem Polizeischutz lebt und einem Attentat

in seinem Haus nur entging, weil er sich rechtzeitig in einen extra für solche Fälle eingebauten „Panic Room“ flüchten konnte.

Weit erschreckender aber als diese Episode, die glimpflich endete, ist der Zorn, der sich aufgrund der zwölf Zeichnungen in der gesamten islamischen Welt entlud. Für viele Muslime war das satirische Bildnis ihres Religionsstifters ein Freifahrtschein für blanken Hass und zügellose Gewalt. In islamischen Ländern wurden dänische Botschaften gestürmt und Diplomaten des Landes verwiesen.

Die Straßen von Jakarta bis London waren Schauplatz heftiger Krawalle, einzig und allein weil Muslime sich provoziert und in ihrer Ehre verletzt fühlten. Insgesamt kamen in Folge der weltweiten Proteste 139 Menschen ums Leben, über 800 wurden teils schwer verletzt. Ähnliche Aufwallungen gab es nach den angekündigten Koran-Verbrennungen des amerikanischen Predigers Terry Jones, sowie bei der Veröffentlichung des islamkritischen Low-Budget-Films „Innocence of Muslims“.

Wo bleibt die Verhältnismäßigkeit?

Der Eindruck, der dadurch im Rest der Welt entsteht, ist verheerend: Proteste gibt es in der islamischen Welt und den arabischen Communities ausschließlich, wenn Muslime Opfer des Westens, Amerikas oder der „Zionisten“ sind. Werden Muslime aber selbst zu Tätern, herrscht Schweigen.

Und er schreibt weiter:

Vor einigen Tagen schrieb mir ein deutscher Student mit arabischen Wurzeln über seinen Unmut. Er hatte gesehen, dass ich einen Artikel über muslimische Fanatiker geschrieben hatte. Mit nur drei Worten brachte er seine Opferhaltung auf den Punkt: „Moslems morden nicht.“

Terror im Namen des Islam

Das ist eine Haltung, auf die man bei Muslimen immer wieder trifft: Die Türkei leugnet den Völkermord der Osmanen an den Armeniern, 9/11 ist wahlweise ein Komplott des „Weltjudentums“ oder ein Inside-Job der Amerikaner, der IS wird von den „Zionisten“ gesteuert, Osama bin Laden war ein CIA-Agent, Boko Haram seien keine „echten Muslime“, und sämtliche Attentate von Madrid bis Bali haben nach dieser Lesart nichts mit dem „wahren Islam“ zu tun.

Denn schuld sind immer die Anderen. Nur eines kommt nicht in Frage: Dass ein Muslim Böses tut. Weil offenbar nicht sein kann, was nicht sein darf.

Und wovor die islamische Welt die Augen verschließt, das hilft der Westen noch weiter zu relativieren. Die gängige Meinung in Europa besagt heute, Terror im Namen des Islams hänge nicht mit dem Islam zusammen.

Das ist so absurd wie die Behauptung, dass Religionskriege nichts mit Religionen zu tun haben. Selbstverständlich hat islamistisch motivierte Gewalt mit dem Islam zu tun. Ob das dann die richtige Interpretation des Koran oder die falsche ist, weiß nur Allah.

Muslime sollten ihre Opferhaltung ablegen

Natürlich sind nicht alle Muslime gewalttätig. Die überwältigende Mehrheit ist friedlich – friedlich, aber leider zu oft stumm. Denn nur weil man nichts mit dem Islamismus zu tun haben will, heißt das nicht, dass man nichts dagegen unternehmen muss.

Doch auch wenn er immer wieder betont, dass die überwiegende Anzahl der Mohammedaner friedlich sei (warum eigentlich muss man eine Selbstverständlichkeit ausdrücklich betonen?), so muss man ihm entgegen halten: Ja, aber nur solange sie nicht die Überhand gewinnen. Sie sind, zumindest in Europa, noch in der Minderheit, doch schon jetzt terrorisieren sie die

Mehrheit der Bevölkerung.

Was soll da zu erwarten sein, wenn sie in wenigen Jahren aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Geburtenrate in großen europäischen Städten zu Mehrheiten werden? Siehe dazu auch dieses Video:

Mag sein, dass sie auch dann friedlich bleiben – wenn sich die autochthone Bevölkerung ihren Forderungen fügt. Diese Forderungen werden schon heute immer unverschämter, sie werden gestellt von den Islamverbänden – im Namen aller Mohammedaner. Und sie werden erfüllt von bereitwilligen Politkaspern, die sich dadurch Wählerstimmen und Machterhalt erhoffen.

Warum sollten die Mohammedaner denn angesichts dieser Situation Selbstkritik üben? So bescheuert kann selbst der anatolische Ziegenhirte nicht sein. Denn er ist ja, wie er meint, kraft seines Glaubens zum Herrenmenschen erkoren, hat anstatt eines Hirns den Koran-Chip in seinem Kopf, und wird den Plan dieser diabolischen Ideologie gnadenlos umsetzen. Genau so, wie die Mohammedaner es überall auf der Welt tun, wo auch immer sie sich dazu in der Lage fühlen.

Darum geht auch der letzte Satz des werten Herrn Jeges fehl:

„Für Muslime ist es an der Zeit, den Schleier zu lüften“

Die Mohammedaner müssen keinen Schleier öffnen – wir haben sie und ihre „Eigenarten“ auch so schon erkannt. Und das, was wir sehen, das wollen wir nicht.



Zur Debatte um Polizeipräsenz in Fußballstadien



Nanu, Fußball auf

PI? Ja! Denn die Diskussion, die derzeit zwischen Fußball, Fans und Politik läuft, ist bei näherem Hinschauen allzu „politisch korrekt“: Man spricht nicht von den Tätern, den Verursachern der Krawalle, die ständige Polizeipräsenz erfordern, sondern von den Polizisten, die sich damit herumschlagen müssen – und von deren Kosten. Ist ja auch viel einfacher.

(Von Peter Helmes, conservo)

Deutschland ist gespalten. Aha. Aber es geht mitnichten um Kriege und Brandherde, um Christenverfolgung und Massenabschlachten von Gläubigen in aller Welt, um Hunger und Armut; es geht auch nicht um Nation und Europa. Nein, es geht um eine todernste Sache, um Fußball. Beim Fußball geht es nicht um Leben oder Tod. Die Sache ist sogar viel ernster. Die

„schönste Nebensache der Welt“ wird im (wieder) bierernsten Deutschland nach der WM zur Hauptsache. Da kann jeder mitreden, kann jeder entscheiden, ob er zu diesem oder jenem „Lager“ gehört. Wir scheinen wirklich glückliche Menschen zu sein, daß wir sonst offenbar keine anderen Probleme haben. Und die Gekniffenen sind wieder ´mal die Polizisten, die am Wochenende Überstunden machen und sich vom gewaltbereiten Pöbel bespucken, treten oder verprügeln lassen müssen.

Beide Seiten haben Verpflichtungen

Betrachten wir das Thema etwas grundsätzlicher, wird klar, daß Politik, Gesellschaft und Fußball selbstverständlich miteinander zusammenhängen. Dazu gehören einige Grunderkenntnisse, die die Diskussion begleiten sollten:

1. Selbstverständlich hat der Staat – hier also die Polizei – die Pflicht, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu gewährleisten.
2. Dem geht aber die Pflicht der Veranstalter – hier der Fußballvereine und -verbände – voraus, alles zu tun, was die Ordnung in den und um die Stadien fördert.
3. Nicht zu bestreiten ist, daß in „Fußball-Städten“ Ausschreitungen vor und nach Spielen zur Tagesordnung gehören, sie sind also untrennbar mit Fußball verbunden.
4. Jeder Haushalt in unserem Lande garantiert (zwangsweise) über seine Fernsehgebühr hohe Einnahmen der Rundfunkanstalten und finanziert damit zu einem nicht geringen Teil die Einnahmen der Vereine. Die Bürger dürfen also erwarten, daß sich „der Fußball“ auch an der Finanzierung der Sicherheitskosten beteiligt.
5. Sicherheit kostet Geld, insbesondere der Einsatz oft Hunderter von Polizisten. Sie werden (bisher) aus Steuermitteln gezahlt. Damit tragen auch am Fußball unbeteiligte oder uninteressierte Bürger die mit dem

Polizeieinsatz verbundenen Kosten mit.

6. Wären wir in der öffentlichen Debatte nicht so furchtbar politisch korrekt und würden Täter endlich beim Namen nennen, also Klartext reden, und die Gewaltbereitschaft viel schärfer bekämpfen und ahnden(!), könnte die Gewalt(-bereitschaft) eingedämmt bzw. zurückgedrängt werden – jedenfalls effektiver als bisher. Deshalb sollten die Ordnungsbehörden stärker (und schneller) als bisher notorische Raudis erfassen, melden und als Straftäter behandeln, die ohne Ausnahme der Staatsanwaltschaft vorgeführt werden.

Politik und Fußball – kein Spannungsfeld!

Politik und Fußball haben in der jetzt aktuellen Debatte so ziemlich alles falsch gemacht, was man falsch machen kann. Zusammengefaßt: Jeder der beiden Seiten stellte die Gegenseite vor vollendete Tatsachen, ohne vorher miteinander zu reden. Bremen (als Bundesland) will in Zukunft Geld für den Polizeieinsatz, die DFL (Fußball-Liga) sagt nein und „bestraft“ Bremen mit Liebesentzug: kein Länderspiel mehr in Bremen. Die Verbohrtheit (auf beiden Seiten) kennt keine Grenzen.

□ Der DFL, dem DFB ins Stammbuch: Der Fußball ist nicht Staat im Staate. Ansprüche erheben, Geld (gerne) einnehmen, aber wegducken bei den Sicherheitskosten geht nicht.

□ Dem Staat ins Stammbuch: Der Fußball zieht Millionen an, das sind auch Millionen Wähler, die darauf vertrauen, daß der Staat über die Ordnung wacht.

□ Einen Machtkampf zwischen Politik und Fußball können nur beide verlieren – und damit ein Stück mehr Politikverdrossenheit fördern. Immerhin entsprach die Bremer Forderung dem Beschluß eines demokratisch gewählten Landesparlaments. Das hat die DFL nahezu hämisch „übersehen“.

Konstruktiver Dialog nötig

Nun ist der Katzenjammer auf beiden Seiten groß. Es hilft

nichts, sie müssen alle wieder an einen Tisch, zu einem konstruktiven Dialog kommen. NRW geht jetzt mit einem Pilotprojekt voran, das zunächst bis 27. September befristet ist. Kleiner Seitenhieb: Ganz typisch ist, daß man auch dazu nicht vorher miteinander geredet hat. „Wir waren im Vorfeld nicht über entsprechende Konzepte informiert. Die Überlegungen des NRW-Innenministeriums sind aber im Grundsatz durchaus nachvollziehbar“ (DFL-Präsident Rauball). Und NRW-Innenminister Jäger habe glaubhaft versichert, es gehe nicht darum, die Polizei aus dem öffentlichen Raum zurückzuziehen. Es tut sich wenigstens was.

Warten wir also ganz politisch korrekt den 27. September ab. Dann können wir uns ja immer noch um die anderen Problemchen in der Welt kümmern; denn „Fußball ist unser Leben“ allein wäre ein wenig mager.

Pinneberg: Moslem im Synagogen-Asyl



Jetzt fangen die Juden auch noch mit diesem Unsinn an! *Ashraf O. ist der Erste. Der erste muslimische Flüchtling, der in einer der 110 jüdischen Gemeinden in Deutschland Zuflucht gefunden hat. Seit*

dem 26. Juni bietet die jüdische Gemeinde Pinneberg dem Flüchtling aus dem Sudan Asyl – ein bundesweit bisher einzigartiger Fall. Der Moslem sollte nach Ungarn abgeschoben werden, wo er laut Dublin-Vertrag der EU auch hingehört. Oh, wie schlimm ist das, wenn man nach Ungarn muß! Eines kann ich aber den Juden in Pinneberg und eventuellen Nachäffern jetzt schon verbindlich sagen: Der Juden Hass der Moslems wird sich durch diese Aktion nicht die Bohne ändern!



Greenpeace-Bonze jeden Tag per Jet ins Büro



Erst kam bei Greenpeace eine millionenschwere Fehlspekulation raus, mit der ein Mitarbeiter der Zentrale in Amsterdam an der Börse 3,8 Millionen Euro an Spenden verzockt hatte, und jetzt liest man, daß die Nummer zwei bei Greenpeace, der Programmdirektor Pascal Husting (Foto), dessen Familie in Luxemburg lebt, über

ein Jahr lang zur Zentrale nach Amsterdam pendelte – mit dem Flugzeug. Sauber! Mal schauen, wie jetzt die braven Spender reagieren. Geben sie weiter Geld zur alternativlosen Weltrettung durch Greenpeace? (Der Autor dieser Zeilen hält übrigens von Greenpeace gar nichts. Es ist eine billige Propaganda-Organisation voller Lügen!)